

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 44 • 37. Jahrgang

Berlin, den 31. Oktober 1931

Die Unternehmer planen neuen Lohnraub

Die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe haben den bis Ende November befristeten Lohnvertrag gekündigt, um erneut mit staatlichem Zwang eine Lohnsenkung zu versuchen. Mit Hilfe der amtlichen Schlichtungsinstanzen, deren Befähigung die Unternehmer befangen betreiben, damit eine freie Lohnregelung zwischen den Parteien wieder möglich wird, wollen sie die schon an der äußersten Grenze des Existenzminimums liegenden Verdienste der Buchdruckereiarbeiter weiter herabsenken. Der einmal geglättete Versuch reizt zu neuem Vorgehen, unbekümmert um das Arbeitslosenelend im Gewerbe, das täglich wächst und dessen Befähigung oder Milderung von denselben Unternehmern, wie die Verhandlungen über die Einführung der Vierzigstundensuche im Berufsfähigungsgewerbe gelehrt haben, abgesehen worden ist.

Um Argumente, eine neue Lohnkürzung zu begründen, sind die Unternehmer nie verlegen. Sie „begründen“ eben mit Worten und stellen nach der Ablehnung durch die Vertreter der Arbeiterschaft das Anjinnen an die amtliche Stelle, die sie eigentlich gar nicht haben wollen, ihrer Forderung nachzukommen. Auf dieser Hilfe baut sich ihre Hoffnung auf. Alles andere, was sie schreiben und reden, ist **Müll**, mit dem sie den vorgeschriebenen Formalitäten gerecht werden. Sie rügen eben die Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt und rechnen auf die ihnen günstige politische Konstellation.

Mit der Lohnsenkung sollen nach den Behauptungen der Unternehmer die Gestehungskosten bedeutend verringert und eine Belebung im Gewerbe herbeigeführt werden können. Herabsetzung der Löhne sei gleichbedeutend mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, jedenfalls aber das beste Mittel, das weitere Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zu verhindern. Die Löhne seien eben zu hoch und daher einer Verbilligung des Produktes und einer Vermehrung des Absatzes und einer Senkung aller Preise hinderlich. Wir finden auch, daß die Arbeitslosigkeit seit Februar, als wir den Lohnschiedspruch bekamen, mächtig nachgelassen hat und alles zum Leben Nötige stark im Preise gesunken ist. Obwohl unsere Löhne auf einen Stand heruntergebrückt worden sind, der gerade noch eine kümmerliche Existenz gewährleistet, ist die Arbeitslosenzahl ständig gestiegen, bei uns von 21,9 Proz. im Februar auf 31 Proz. im September und die Zahl der verkürrt arbeitenden Mitglieder von 8,1 Proz. auf 17,1 Proz. Wer zweifelt nun noch daran, daß die Theorie der Unternehmer falsch ist?

Aber die Verbilligung der Lebensmittel sollten die Unternehmer gelegentlich mit unseren Frauen reden. Die Verhandlungen wären sicher interessant und recht kurz. Wahrscheinlich würden sie mit der Einladung an die Gattinnen der Unternehmer beendet werden, mit dem Wirtschaftsgeld eines Buchdruckereiarbeiters auszukommen. Das ist nämlich eine Kunst, die unseren Frauen alle Ehre macht. Beträge für ein „Dissegepläscher“ würden nicht übrigbleiben.

Mit der Lohnsenkung durch den Schiedspruch vom Februar waten unsere Unternehmer übrigens nicht zu fröhlich. Sie verlangen nicht nur eine stärkere Lohnkürzung — seit wann hätten die Unternehmer jemals genug gekriegt —, sondern setzen in den Betrieben ihre Bestrebungen, die übertariflichen Löhne radikal abzubauen, mit Eifer und Geschick fort, wenn man als Geschäftlichkeit den Hinweis auf Entlastung, Kürzarbeit und Betriebsstilllegung ansehen will. Auf allen Zusammenkünften der Verbandsmittglieder nimmt die Unterhaltung über diese Art Lohnraub die erste Stelle ein. Auf dem Güttag in Köln konnte der Gauleiter eine ganze Reihe von Beispielen anführen, wie von den Unternehmern systematisch und nachdrücklich versucht wurde, übertarifliche Entlohnungen abzuschaffen. Und

nicht immer ohne Erfolg. Die Unternehmer haben also einen doppelten Lohnabbau hinter sich, ohne daß von einer Belebung der Geschäftslage etwas zu verspüren wäre. Ihre ganze Kunst ist darauf gerichtet, die Opfer der Wirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen.

Nur der Widerstand der Gewerkschaften hat bisher vermocht, die Unternehmer an der vollen Ausnutzung der Konjunktur zu hindern. Ihre Ziele gehen weiter, als sie offen erkennen lassen. Sie träumen von dem entscheidenden Schlag gegen die verhassten Gewerkschaften, die sie bis zur völligen Bedeutungslosigkeit schwächen wollen. Das ist so im allgemeinen die große Linie, auf der das Unternehmertum vorgeht. Die Unternehmer des Buchdruckgewerbes machen dabei keine Ausnahme, wie uns ihre Tagung in Swinemünde beweist. In dieser Zeit an ihr soziales Empfinden zu appellieren, das sie nicht haben, ist verlorene Mühe. Die Angestellten der Unternehmer haben bestimmte Begehren bekommen, die sie durchzuführen müssen. Unsere Aufgabe ist es, den Widerstand zu organisieren durch den Verband, denn ohne ihn wären die Kolleginnen und Kollegen rettungslos verloren und diesen Konjunkturpolitikern ohne Gnade ausgeliefert. S.

Dinta und Werkzeitungen

Kürzlich war die Gesellschaft der Freunde des Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung) beisammen, um zu hören, wie sich dieses Institut zur Einwirkung der Arbeiterseelen entwickelt habe. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Zahl der Mitglieder der Dinta-Freunde auf 440 angewachsen ist. Die Versammlung wurde geleitet von dem Vorsitzenden des Instituts, Generaldirektor Dr. Bögl. Der Leiter des Dinta, Dr. Arnold, erklärte in seinem Tätigkeitsbericht, daß die Mitglieder des Dinta in allen Gauen Deutschlands zu finden sind. Die Einrichtungen des Dinta innerhalb der Betriebe sind nicht, wie der Redner stolz erwähnte, von der Wirtschaftskrise betroffen worden. „Die Werkschulen der Industrie sind im großen und ganzen erhalten geblieben, während die Werkstätten an öffentlichen Anstalten erheblichen Schrumpfungen zum Opfer gefallen sind.“ Die Behörden mußten also abhauen, während die Industrie trotz der Krise immer noch Mittel zur Verfügung hatte, die Dinta-Einrichtungen zu halten. Das gleiche gilt auch für die Werkzeitungen. Mit Stolz konnte Arnold hervorheben, daß der Schrumpungsprozess der Werkzeitungen nicht so stark gewesen sei, wie jener der Betriebe.

Arnold verwahrte sich dagegen, daß die Werkzeitungen Sprachrohr für gewisse politische Wünsche seien. Dabei weiß jedes Kind, daß die Werkzeitungen nichts anderes sind, als Sprachrohr für die Politik der Unternehmer. Folgenden Satz wird man lächelnd zur Kenntnis nehmen: „Die Werkangehörigen reizen sich um die Werkzeitungen, weil sie Zutrauen zu ihnen gewonnen haben und aus ihnen sich ein richtiges Bild über alle wichtigen Fragen machen können.“ Die Arbeiter und Angestellten erkennen immer mehr, daß mit den Werkzeitungen nichts anderes beabsichtigt ist als eine Art Gasangriff mit Benebelung ihrer Gehirne. Ein anderer Redner des Tages forderte: „Verständnisvolle Führungnahme des Führers mit den Geführten, aber kein unproduktives, zeitvergebendes Werkparlament.“

Hiermit scheint man die Einrichtung der Betriebsräte zu meinen. Wieder ein anderer gab dem Gedanken Ausdruck, daß der Kollektivismus jede Persönlichkeit und jede Menschenwürde vernichtet. Zum Schluß erklärte Dr. Bögl: „Wir werden, jeder an seiner Stelle, jäh

ringen und arbeiten müssen, wir werden uns den Idealismus nicht nehmen lassen. Aber: die Arbeit, die vor uns liegt, wird mit verbissenen Zähnen und einer Energie, die zum letzten entschlossen ist, geführt werden müssen.“

Es wäre uns lieber, wenn Bögl und seine Kollegen „mit verbissenen Zähnen und mit aller Energie“ sich daran machten, sich das Prädikat Wirtschaftsführer zu verdienen. Denn diese Leute haben ihre Energie in unnützen Einrichtungen, wie das Dinta, verpulvert und haben die deutsche Wirtschaft in einen chaotischen Zustand versinken lassen. Wie dem aber auch sei: dem Dinta, den Werkzeitungen und anderen üblen Einrichtungen muß nach wie vor die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die vaterlandslosen Geiellen

Mit welcher Gewissenlosigkeit deutsche Finanzleute ihr Vermögen ins Ausland verschoben haben, beweist eine Meldung des „Vorwärts“ Nr. 484. Ein Thüringer Textilunternehmen schickte einen Beauftragten nach Holland, um dort über eine Anleihe zu verhandeln. Diesem gegenüber hat der Direktor einer holländischen Großbank folgendes geäußert:

„Millionen und aber Millionen sind von den Deutschen in Holland, und täglich gehen noch Millionen Mark über anderes Ausland in Holland ein. Dabei geben wir keinen Pfennig Zinsen an die Deutschen und keinen Zent Zinsen an die Holländer. Wir sind sogar so weit, daß wir für das Behalten der enormen Geldmengen etwas berechnen! Die deutsche Regierung könnte mit dem Geld, welches sie (die Holländer) gar nicht haben wollen, die ganze deutsche Wirtschaft in Gang bringen.“

Es hält schwer hierzu Worte zu finden. Die deutschen Vaterlandsverräter haben ihr Geld ins Ausland verschoben und lassen sich anscheinend auch nicht durch die Androhung hoher Zuchthausstrafen dazu bringen, diese Gelder wieder nachbringend in Deutschland anzulegen. Sie verzichten nicht nur auf ihre Zinsen, sondern zahlen eher noch etwas drauf, damit die holländischen Banken diese „enormen Geldmengen“ verwalten. Gerechtere Weise müßten diese Schurken einer nach dem andern an den Galgen gebracht werden. Leider wird dies ein frummer Wunsch bleiben, weil diese großen Spießbuben schlecht zu fassen sind. Aber für alle Zeiten muß dieser Vaterlandsverrat einiger Geldmenschen festgehalten werden.

Gewerkschaften und Unternehmer

Im Zusammenhang mit den Forderungen der Arbeitgeber, der von allen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften getragenen Gegenfundgebung und den Verhandlungen des Bundesausschusses schwirren in der Öffentlichkeit Gerüchte über beabsichtigte gemeinsame Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände. Teilweise wird als wesentlichster Verhandlungspunkt die Änderung des bestehenden Tarifrechts genannt. Alle diese Mitteilungen beruhen auf bloßen Kombinationen. Daß die Arbeitgeber seit langem Sturm laufen gegen das Tarifrecht und das Schlichtungswesen, ist zur Genüge bekannt. Die elf Arbeitgeberverbände haben in ihren Forderungen an den Reichstagsler erneut und ganz unmißverständlich ausgesprochen, wohin sie steuern: „Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Weltverhältnisse. Die Hauptvoraussetzung für eine individuelle Lohngestaltung ist eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die die Institutionen der Verbindlichkeit beseitigt und die eigene Verantwortung der Parteien wiederhergestellt wird.“

Daß die Gewerkschaften über eine „Ausforderung“ des Tarifrechtes keinerlei Verhandlungen pflegen werden, ist den Unternehmerverbänden ebenso klar wie der Reichsregierung. Damit fallen alle Kombinationen in sich zusammen.

Rheinisch-westfälischer Goutag in Köln

Der 7. ordentliche Goutag des Gau I Rheinland-Westfalen hatte die verantwortlichen Jahrestellenfunktionäre am 10. und 11. Oktober im Kölner Volkshaus zu gemeinsamen Beratungen, Beschlüssen, wie auch zur Entgegennahme wichtiger Informationen zusammengeführt. Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission waren aus 43 Orten insgesamt 53 Delegierte, darunter — für die Passivität der weiblichen Kollegenschaft bezeichnend — nur vier weibliche Delegierte erschienen. Der Verbandsvorstand hatte zur Mitberatung und Übernahme des Hauptreferats den zweiten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hornte, entsandt. Mit besonderer Freude wurde die repräsentative Besetzung des Goutages bemerkt. Neben dem Vorsitzenden des Bezirks, Kollegen Albert Schmid (München), und dem Gauleiter, Kollegen Werner (Stuttgart), waren vertreten: unsere Bruderverbände durch ihre Gauleiter, Kollegen Zette (Buchdrucker), Kollegen Reijß (Steindrucker), Kollegen Treger (Buchbinder), Bezirksvorsitzenden Kollegen Janßen (Buchdrucker), Ortsvorsitzenden Kollegen Kasser (Steindrucker), der Ortsausschuß Köln des AOB, und der Unterbezirk Köln der Sozialdemokratischen Partei durch ihre Sekretäre Kreibohm und Niedmiller.

Sofort nach Begrüßung und Eröffnung des Goutages nahm Kollege Heilmann zum ersten Tagesordnungspunkte „Gau- und Kassenbericht, tarifliche und organisatorische Fragen“ das Wort. Der kräftige Ausschlag unserer organisatorischen Entwicklung im Gau sei unter den Einwirkungen des wirtschaftlichen Niederganges nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern seit einiger Zeit durch starke Betriebseinschränkungen von unvermeidbarem Rückgang abgesehen worden. Der Mitgliederverlust seit 1928 betrage im Gau 10,4 Proz. Er bleibe in seinen Ausmaßen aber wesentlich hinter der weit stärkeren Abwanderung ehemaliger Berufs-kollegen und -kolleginnen aus dem Gewerbe zurück. Die Einengung des Mitgliederbestandes, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit seien auf die Gestalt der finanziellen Lage des Gau I naturgemäß nicht ohne spürbaren Einfluß geblieben, wie aus dem vorgelegten Goutagematerial zu ersehen sei. Im vierten Quartal 1928 konnte an die Hauptkasse nach Abzug aller Ausgaben noch ein Uberschuß von 36 Proz. abgeliefert werden, der im zweiten Quartal 1931 aber schon bis auf 31 Proz. gesunken war. Ebenso verhielt es sich mit den Einnahmen und Ausgaben der Goutage. Einer Einnahme von 1833 M. beispielsweise im dritten Quartal 1928 setze jetzt nur eine solche von rund 1300 M. gegenüber. Der Rückgang beträgt also rund 25 Proz. Mit Rücksicht auf die bewußt gepflegene Loyalität in der Behandlung anfallender Unterstützungsanträge, die der Gauvorsitzende aus Gründen kollegialer Solidarität dringend beizubehalten wünsche, sei eine Verknappung der laufenden Goutageeinnahmen, wie sie durch einen vorliegenden Jahrestellenantrag angestrebt werde, nicht tragbar und verantwortlich. In der Berichtsperiode wurden allein an Sterbeunterstützung 2645 M. verausgabt, und zwar 1740 M. für 24 verstorbene Mitglieder und 905 M. für 23 verstorbene Angehörige von Mitgliedern. An Sonderunterstützungen wurden außerdem 1867 M. gezahlt, so daß die Gauunterstützungsausgaben insgesamt 4512 M. ausmachten. — Die Berichtsperiode habe die Gauleitung auf dem Gebiet der Tarifpolitik und Agitation vor reiche, aber auch mühsame Aufgaben gestellt. Im Gau I seien die Versuche des gewerblichen Unternehmertums, das Niveau der überparteilichen Entlohnungen wie auch den Inhalt der bestehenden acht Orts- und Bezirksstatute zu verschlechtern, mit ganz besonderer Systematik und Nachdrücklichkeit betrieben worden, wie der Referent an einer Reihe von Beispielen ausführte. Die Abwehr sei von einigen Kollegenschaften trotz Vorliegen klarer Richtlinien nicht immer mit der erforderlichen Umsicht erfolgt; namentlich habe man manchmal die erschreckende moralische Verklumpung gewisser Elemente allzu kurzfristig eingeschätzt. — In agitatorischer Hinsicht müsse dem irdigen Glauben mancher Jahrestellenvorstände an die Erfolgsaussichten eines „Papierkrieges“ entgegengehalten werden, daß die gegenwärtigen Zeitverhältnisse gebieterisch die Rückkehr zu den Werbungs- methoden der Vorkriegszeit erfordern: Aufführung von Mund zu Mund in persönlichen Unterredungen, Betriebs- und Mitgliederversammlungen. Die letzte Versammlungstampa, deren Verlauf an allen Orten von starken Erfolgen gekennzeichnet war, enthalte die unmißverständliche Bestätigung der Notwendigkeit, mit diesen ursprünglichen und doch gerade darum so wirksamen Methoden der Agitation erneut kraftvoll einzusetzen.

In der Debatte über die Berichterstattung des Gauleiters erläuterte Kollege Zinke (Essen) bestimmte, zurückliegende Vorgänge in der von ihm geleiteten Jahrestelle, die Kollege Heilmann in seinem Schlußwort einer klärenden Betrachtung unterzog. Im übrigen

übernahm es Kollege Weber (Wuppertal), der Gauleitung, insbesondere dem Gauleiter, für die zurückliegende Tätigkeit zu danken und auszusprechen, daß für eine ernsthafte Kritik derselben kein Anlaß vorliege. Damit war der erste Tagungstag abgeschlossen. Die Goutagsdelegierten nahmen dann geschlossen an der Jubiläumssfeier der Jahrestelle Köln teil.

Die Beratung und Beschlusfassung über eingegangene Jahrestellen- und Gauvorstandsanträge zu den Satzungen des Gau I und der Jahrestellen ergab am zweiten Sitzungstage nach eingehender Vertiefung die Zurückziehung sämtlicher Anträge materiellen Inhalts. Der Goutag beschränkte sich nach sorgfältiger Einzelberatung lediglich auf die Annahme der umfangreichen redaktionellen Änderungsanträge, die der Gauvorsitzende zum Zwecke der klareren Scheidung beider Satzungen und der eindeutigeren Fassung der in ihnen enthaltenen Bestimmungen eingebracht hatte.

Den Höhepunkt und zugleich den eigentlichen Abschluß des Goutages bildeten der mit Spannung erwartete Vortrag des Kollegen Hornte und die mit ihm in Verbindung stehende Debatte über die brennenden Fragen der allgemeinen Gewerkschafts- und speziellen Verbandspolitik. Kollege Hornte bezeichnete es als das immer offener zugegebene Ziel der Unternehmerrpolitik, die Schwächung der Gewerkschaften bis zum Zustande völliger Bedeutungslosigkeit vorzutreiben. Damit einher gehe der Versuch, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften systematisch zu erschüttern. Wenn ihnen auch hierbei nur unweites Ziel verfolgt werde, so wären ihnen selbst diese ohne die verätherische Mithilfe gewisser Arbeitersichten nicht erreichbar gewesen. Dank dieser Bundesgenossenschaften fühle sich das Unternehmertum heute stark genug, die Reichsregierung mit arbeiterfeindlichen Ultimaten zu bombardieren, von deren Erfüllung die Anwendung der Nichtanwendung rückwärtsloser Respektalien abhängig gemacht werde. So verlange man die Aufhebung der Tarifvertragsordnung angeblich nur für die Dauer der Wirtschaftskrise und natürlich auch eine weitere spürbare Senkung der Unterlöhne für Arbeitslose, Kranke und Invaliden. Diesen Bestrebungen trete die Gewerkschaftsbewegung mit viel mehr Nachdruck entgegen, als sich von außen her beobachten lasse. Allerdings seien gewisse mit dem Schlagwort „Auslöschung des Tarifsystems“ firmierte Pläne der Reichsregierung durchgeleitet, die als weitgehende Konzeptionen an das Unternehmertum zu werten wären. Der Sturz der englischen Währung habe den Gegenkräften jerner willkommenen Anlaß zu sozialpolitischer Auswertung gegeben. Die Schlichtungsmaschine laufe bereits wieder in der zweiten Abbaumelle. Ihren gewerblichen Niedererschlag finde diese Entwicklung in dem Beschluß der Swinemünder Tagung des Buchdruckerunternehmertums, den laufenden Lohnsatz auf 30. November d. J. zu kündigen. In der Frage der Verkürzung der gewerblichen Arbeitszeit befinde sich die Haltung der Verbandsvorstände unentwegt in völliger Übereinstimmung mit den programmatischen Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages. Gegenwärtig reifen bedeutsame Entscheidungen heran. Die Gewerkschaften seien zu gegebener Zeit bereit, diese in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Dem mehrstündigen und mit wichtigsten Informationen durchsetzten Vortrag des Kollegen Hornte folgte eine Debatte, die bemerkenswerterweise zumeist am Grundrissfeld der Gewerkschafts- und Verbandspolitik haften blieb. Nach Kollegen Zinke (Essen), der vor einer tariflosen Zeit warnte, nahm Kollege Herrmann (Dortmund) das Wort. Unmißverständliche Anzeichen auf staats-, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet deuteten die Nähe grundsätzlicher Entscheidungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft an. Hieraus entschlössene Konsequenzen zu ziehen, sei notwendig und wünschenswert. Die Zeit der Prüfungen und Opfer, die damit über die Arbeiterschaft hereinbrechen werde, müsse durchgegangen werden; an ihrem Abschluß stehe dann die im Kampf um ihr nacktes Dasein geeinte Arbeiterschaft. Nach Ansicht des Kollegen Meiß (Düsseldorf) hatte die Abwehr des unternehmerseitigen Zohrtraubes durch die Gewerkschaftsspitzen von Anfang an ungleich schärferen Formen vollzogen werden müssen. Kollege Kamuschat (Solingen) äußerte die Befürchtung, der regierungsseitig anscheinend geplante Einbruch in das herrschende Tarifrecht werde die Arbeiterschaft um Jahrzehnte zurückwerfen. Die kommenden Auseinandersetzungen seien jedoch nur dann erfolgreich zu führen, wenn die Bewegung von Elementen der Zerlegung rückwärtslos freigehalten werde, eine Forderung, die von Kollegen Heilmann nach eingehender Schilderung der Methoden kommunistischer Zerlegungsarbeit nachdrücklich unterstrichen wurde.

Kollege Hornte legte sein Schlußwort mit der Feststellung, der AOB und die Verbandsleitungen

gingen in ihren Absichten und Bestrebungen viel weiter als manche Kritiker. Zu welchem Zeitpunkt die geplanten Gegenaktionen der Gewerkschaften einsehen würden, bleibe wohlzuerwägenden Beschlüssen vorbehalten. Den Glauben an die einigende Kraft der kommenden Kämpfe vermöge er nicht voll zu teilen. Es fehle bei den Zerlegern der Wille zur Einheit. Gegenwärtig sei die gewerkschaftliche Taktik auf die Mobilisierung der Kräfte ausgerichtet. Daraus ergebe sich die hohe Aufgabe der Funktionäre des Gau I. Mit einem leidenschaftlichen Appell an die Delegierten, diese Aufgabe aufzugreifen und unter Einsatz aller gegebenen Energien ihrer Erfüllung entgegenzutreten, beschloß der zweite Verbandsvorsitzende seine eindrucksvollen Ausführungen.

Einer herzlichsten Einladung des Kollegen Meiß folgend, wurde als Tagungsort des nächsten Goutages Düsseldorf bestimmt. Als das bedeutsamste Ergebnis der gepflogenen Beratungen und Debatten bezeichnete Kollege Heilmann in seiner Schlußansprache die Tatsache, daß sich die verantwortlichen Funktionäre des Gau I in der Betrachtung gegenwärtiger und kommender Aufgaben auf einer einheitlichen Grundlage zusammengefunden haben, von der aus eine einheitliche Bewältigung der gewerkschaftlichen Tagesarbeit im Gau ihren Ausgang nehmen möge. Unter brausenden Hochrufen auf den Verband wurde der Goutag beschlossen. Herrmann, Dortmund.

Ausland

Gegenständigkeitsvertrag Österreich-Tschechoslowakei. Zwischen der Tschechoslowakei und Österreich sind die Verhandlungen über einen Gegenständigkeitsvertrag abgeschlossen worden, der insbesondere für Versicherte und Rentenbezieher in beiden Staaten die Zuerkennung einer Rente in jenen Fällen garantiert, wo die Wartezeit in einem der beiden Staaten allein nicht erfüllt war, hingegen durch die Summe beider Versicherungszeiten erreicht wird. Die Versicherungszeiten sollen gegenseitig in Anrechnung gebracht werden, was bedeutet, daß beim Übertritt von einem Staat in den anderen Staat die beginnende Versicherung gewissermaßen als Fortsetzung der beendeten gelten und die Auszahlung der Renten aus einem Staat im anderen garantiert wird. Die Vereinbarung muß beiderseitig noch ratifiziert werden.

Ausbau der Arbeitslosenversicherung in Belgien. In der letzten Sitzung des Nationalrates des Belgischen Gewerkschaftsbundes gelangte u. a. die Frage des Ausbaus der Arbeitslosenversicherung (Gewerkschaften) zur Besprechung. Es wurden dabei folgende wichtige Forderungen gutgeheißen: Erhöhung der Anwartschaftszeit von einem auf sechs Monate. Die Höchstunterstützung soll für die Versicherten, die eine Familie zu erhalten haben, von drei Viertel auf vier Fünftel des Lohnes erhöht werden. Die Zuwendungen des für die Ausgesteuerten vorhandenen Krisenfonds sollen ohne Unterbrechung während des ganzen Jahres gezahlt werden. Was die Beiträge der Arbeitslosen an die Pensionskassen betrifft, so gab der Nationalrat der Ansicht Ausdruck, daß man von den Arbeitslosen nicht einen Betrag von 25 Fr. pro Monat erwarten könne, während diese Summe zur Zeit, da der Arbeiter in Stellung ist, d. h. über reichlichere Mittel verfügt, zur Hälfte vom Unternehmer getragen wird. Es wird deshalb die Abänderung des Gesetzes in dem Sinne verlangt, daß der Beitrag in Zeiten der Arbeitslosigkeit vom Krisenfonds bezahlt wird.

Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft in den USA. Präsident Green des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes sprach sich auf dem Kongreß einer angeschlossenen Organisation erneut für die Einberufung einer nationalen Arbeitslosenkonferenz der Vertreter von Industrie und Arbeit seitens Hoovers aus. Ferner befürwortete er eine Konferenz der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zur Aufstellung eines konstruktiven Programmes. Green führte gleichzeitig aus, daß die Unternehmer bis jetzt sehr wenig getan haben, um die Arbeitslosenfrage zu bekämpfen.

Nus Neuseeland. Vor einiger Zeit ist auch in Neuseeland die Frage akut geworden, wie die Arbeitslosenfürsorge herangezogen werden könnte. Inzwischen ist ein diesbezügliches Gesetz zur Annahme gelangt, das in der Hauptsache die Bestimmung enthält, daß, abgesehen von einer allgemeinen und einheitlichen Steuer von einem Pfund Sterling seitens aller Männer über 20 Jahren, eine Steuer von 1 Penny für je 6 s d oder Teile dieser Summe für die Löhne oder Gehälter aller Werkstätten beider Geschlechter erhoben werden soll. Das Gesetz sieht die gleiche Steuer auch für alle anderen Einkünfte von Personen vor, die von der erstgenannten Spezialsteuer (bei der es natürlich gewisse Ausnahmen gibt) nicht ausgeschlossen sind, desgleichen für alle Einkommen von Frauen über 20 Pfund Sterling.

